

Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zu den jüngsten Verhaftungen tschechoslowakischer Staatsbürger, die Unterzeichner der „Charta 77“ sind, und der nun ein Jahr dauernden Inhaftierung des Sprechers der „Charta 77“ und ehemaligen Abgeordneten Rudolf Battek

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

in Kenntnis seiner Entschließung vom 20. Juli 1979 zu den Schluakten der Konferenzen von Helsinki und Belgrad über Sicherheit und Zusammenarbeit ¹⁾, deren Gültigkeit in der Entschließung vom 15. Oktober 1980 ²⁾ zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit, die in Madrid stattfindet, bekräftigt wurde,

in Sorge über die jüngsten Verhaftungen tschechoslowakischer Staatsbürger, die Unterzeichner der „Charta 77“ sind und „subversiver Tätigkeit in Verbindung mit dem Ausland“ (Verstoß gegen Artikel 98 Absatz I und II des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches) angeklagt sind, ein Vergehen, für das die Verurteilung zu drei bis zehn Jahren Gefängnis vorgesehen ist,

zutiefst in Sorge darüber, daß einer der Sprecher der „Charta 77“, der dem tschechoslowakischen Parlament 1968 als Abgeordneter angehörende Rudolf Battek, seit dem 12. Juni 1980 zunächst unter der Anklage der Beleidigung eines Staatsbeamten und dann der subversiven Tätigkeit in Haft ist, ohne daß das Verfahren gegen ihn eröffnet wurde,

unter Äußerung seiner Entrüstung darüber, daß trotz seiner vorangegangenen Entschließungen der Schriftsteller Vaclav Havel, der Ingenieur Peter Uhl, der Journalist Jiri Dienstbier und der Mathematiker Vaclav Benda noch immer und unter sehr strengen Bedingungen inhaftiert sind,

1. fordert die Freilassung der unlängst verhafteten tschechoslowakischen Staatsbürger;

¹⁾ ABl. EG Nr. C 203 vom 13. August 1979, S. 37

²⁾ ABl. EG Nr. C 291 vom 11. November 1980, S. 24

2. fordert, daß das Verfahren gegen diese Staatsbürger öffentlich ist und Journalisten und Beobachter internationaler auf den Schutz der Bürgerrechte spezialisierter Organisationen daran teilnehmen können;
3. fordert die unverzügliche Freilassung von Rudolf Battek;
4. appelliert an die Regierung der Tschechoslowakei, daß sie auf Havel, Uhl, Dienstbier und Benda das tschechoslowakische Gesetz anwendet, das die Freilassung von Gefangenen gestattet, die die Hälfte ihrer Strafe verbüßt haben;
5. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Außenministern, die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentreten, den Regierungen und den Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der tschechoslowakischen Regierung zu übermitteln.